

Der sächsische Erzähler.

Wochenblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt der Königl. Amtshauptmannschaft, der Königl. Schul-Inspection u. des Königl. Hauptsteuerverwaltung zu Dohna, sowie des Königl. Amtsgerichtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitung erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwochs u. Sonnabends, und kostet einschließlich der Sonnabend erscheinenden "Sachverständigen" vierthalblich 1 M. 50 Pf.

Bestellungen werden bei allen Posthaltern des deutschen Reichs, für Bischofswerda und Umgegend in der Expedition dieses Blattes angenommen.

Siebenunddreißiger Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die meiste Aufmerksamkeit finden, werden bis Dienstag und Freitag vorausnommen und kostet die dreigespaltenen Inserate 1 M., Geringster Inseratentrag 26 Pf.

Donnerstag, den 26. October d. J., von Vorm. 9 Uhr an,

Jollen auf dem Butterberg eine Parthei Stangen, Scheitholz, Stockholz und Metzig, sowie Langhaufen versteigert werden, und wollen die Festeinsatzlager zur gebrochenen Zeit am „Kuhkircob“ einfinden.

Stadtrath Bischofswerda, am 19. October 1882.

Einz.

Politische Welschau.

Das Hauptereigniss der vergangenen Woche bildeten die Wahlen in Preußen. Über den Ausfall derselben läßt sich im Augenblick noch nichts Positives sagen, weil die Nachrichten aus den ländlichen Bezirken zu mangelhaft sind. Die Resultate aus den größeren Städten liegen dagegen bereits vor. Sie lauten fast durchgängig für die liberalen Parteien günstig. Freilich darf nicht übersehen werden, daß die großen Städte auch der günstigste Boden für den Liberalismus sind und daß noch bei jeder Wahl die ersten Nachrichten ein vom liberalen Standpunkt erfreuliches Resultat ergaben, welches sich hinterher nicht in allen Städten bewahrheitete. Voran steht Berlin, wo wie immer der Sieg der Fortschrittspartei gesichert ist; die Conservativen brauchten es in dem für vorbehaltlosen ersten Wahlgang auf nicht viel über ein Drittel Wahlmännermandate. Auch in Breslau, Posen, Wiesbaden scheint der Sieg der fortschrittlichen Kandidaten sicher, dagegen hat die Partei Potsdam verloren; in Kassel haben die National-Liberalen, in Halle die Kandidaten der liberalen Vereinigung gesiegt. Bedrängend ist, daß in Köln die Ultramontanen abermals gesiegt haben. Die „Nat.-Ztg.“ will aus den bereits vorliegenden Resultaten der ländlichen Wahlen wiederum eine erhebliche Verschiebung nach links heraus erkennen. Nach einer ebenfalls von liberaler Seite angestellten Wahrscheinlichkeitsberechnung, deren Verlässlichkeit freilich sehr dahinsteht, würde folgendes Gesamtergebnis erwartet: Nationalliberal 70—80, Fortschrittspartei 60—70, Secessionisten 40, zusammen also 180 bis 190 liberale Mandate. Den selben würden gegenüberstehen: 100 clerikale, 20 polnische und dänische Mandate, so daß für die beiden conservativen Fraktionen 124 bis 134 Sitze restierten. Anknüpfend an die Berliner Wahlergebnisse bemerkte das „St. Journ.“: „Es ist in Deutschland eine allgemeine Erfahrung, daß in den großen Städten die Gegenseite sich energischer gegenübertreten und die Opposition sich dort mehr einnistet, als in den mittleren und kleinen Städten und namentlich auf dem Lande. Es dürfte das wahrscheinlich noch lange so bleiben. Unser Verfassungsleben ist noch zu jung, das politische Parteidreien ist noch zu wenig gereift, es kommt uns daher auch der Ausfall der Wahlen nicht überraschend. Auch haben wir nicht erwartet, daß in Berlin sich ein anderes Resultat herausstellen würde. Die Entscheidung über die ganze Wahl liegt auch nicht in den Wahlkreisen der großen Städte, sondern vorwiegend in denen der Mittel- und Kleinstädte und auf dem Lande; dorrum ist es gut, nicht voreilig nach den Berliner Wahlen das ganze Resultat zu beurtheilen, sondern abzuwarten, wie die übrigen Wahlen, namentlich in den ländlichen Kreisen ausfallen werden. — Die Ernennung des bisherigen deutschen Botschafters in Konstantinopel, Grafen von Hatzfeld, zum Staatssekretär im auswärtigen Amt leuchtet die Aufmerksamkeit von Neuem auf diesen Diplomaten. Graf Hatzfeld, geboren am 8. October 1831 zu Düsseldorf, gilt als einer der bestätigsten und schreibsamen deutschen Staatsmänner und namentlich in Konstantinopel hat er es verstanden, den britischen Einfluss gegenüber den englischen, französischen und russischen Intrigen zur Geltung zu bringen. Graf Hatzfeld erfreut sich schon seit

langer Zeit des vollsten Vertrauens des Kaisers und des Fürsten Bismarck und hiervon ist seine Berufung an die Spitze der Geschäfte des auswärtigen Amtes ein neuer Beweis. Ein Pariser Blatt sagt: „Die diplomatische Welt kann sich insbesondere gegenüber der Ernennung des Grafen Hatzfeld nicht gleichgültig zeigen, wenn, wie einige Personen wissen wollen, Fürst Bismarck bei der Berufung des Grafen zur Thellnahme an seinen Arbeiten daran dachte, ihm nicht bloß einen Mitarbeiter, sondern auch einen Nachfolger, einen Erben seiner Pläne und seiner Ansichten, einen Fortführer seiner inneren Politik zu bilden. Sicher ist, daß der Reichskanzler eine besondere Achtung für seinen neuen Staatssekretär bekennt. Diese Ansicht verfehlt auch nicht in Deutschland Anhänger zu jähren.“

In den von Österreich occipierten Provinzen der Balkanhälfte beobachtet man leider wieder ein Aufleben des revolutionären Geistes. Nachrichten aus Montenegro zufolge bilden sich in der Herzegowina neue Insurgentenbünde. Vängt der montenegrinischen Grenze von Bilec bis Slagaj und von Bosna bis hinauf nach Serajewo tauchen kleine Banden auf. Dieselben haben sich in jüngster Zeit formirt, nachdem die Truppen aus dem Gebirge in die Garnisonsorte zurückgezogen wurden und bestehen zumeist aus desertirten Recruiten oder Recruitungs-pflichtigen. Die Banden lassen die Ortschaften unbehelligt und greifen die Gendarmerieposten und schwachen Militärpatrouillen an. Es ist hierbei zu beachten, daß diese Anzeichen wiedererwachten Trozes mit der Verstärkung des russischen Einflusses in Montenegro im engsten Zusammenhange stehen. — Der häusliche Zwist in der Prager Stadtverordnetenversammlung ist wieder beigelegt. Die deutschen Abgeordneten des Stadtteils „Josephstadt“, welche infolge der chauvinistischen Antrittsrede des neuen tschechischen Bürgermeisters von Prag, Dr. Černy, ihre Mandate niedergelegt hatten, sind wieder in das Collegium eingetreten, nachdem Dr. Černy erklärt hat, daß er nicht im Geringsten beabsichtigt habe, die deutsche Bevölkerung zu provozieren.

Im italienischen Cabinet soll eine partielle Ministerkrise im Anzuge sein. Es wird auf das Bestimmteste gemeldet, der Justizminister Banadelli, ein Repräsentant der vorgebrachten Linien, habe seine Demission eingereicht, weil er sich durch die in der neulichen Rede des Premiers Depretis enthaltenen Bemerkungen gegen die radikalen Elemente verletzt fühle. Außerdem soll er sich auch durch das Bob gefährdet glauben, welches Depretis seinem Amtsvorgänger Tajani hinsichtlich der von diesem begonnenen Reformen auf dem Gebiete der Justizverwaltung gewidmet hat. Ob die Demission Banadelli's angenommen werden wird, darüber verlaute noch nichts. Sein voraussichtlicher Nachfolger würde Tajani sein.

In Frankreich wurde in der vergangenen Woche die Aufmerksamkeit zumeist durch die Vorfälle in dem Bergwerksdistrikt von Montceau-les-Mines in Anspruch genommen, welche sich als eine gewaltsame anarchistische Bewegung charakterisieren. Die letzten Nachrichten aus Montceau-les-Mines lauten noch hineswegs besser, denn trotz der Verhaftung mehrerer Führer der Bewegung und trotz der Gewalttätigkeit vieler Gruppenmassen dauern die Unruhen fort und die Angriffe der Angriffsteller auf

das Leben und Eigentum der ihnen mitgeteilten Personen nehmen ihren Fortgang. Angenommen ist es den Behörden noch nicht gelungen, die gewaltsamen Agitatoren und Räuberführer haftbar zu machen. — Auch in dem französischen Orléan, in der Provinz Orléan, herrschen immer noch bedeutende Unruhen, welche die Regierung veranlassen, auf eine neue Polizeiaktion bedacht zu sein. Wie lange dies beabsichtigt die Regierung, die militärischen Convois im Winter von Neuem aufzunehmen, da im Sommer das mörderische Klima die Truppen am Vordringen hindert. Es sollen schon jetzt Vorbereitungen zu diesem Zwecke im Werke sein.

Die Absichten der englischen Regierung im Bezug auf die Verwaltung in Egypten sind noch immer im Dunkel gehüllt. Die Engländer selbst sind über die Veränderung dieser Angelegenheit wenig erbaud und die liberale wie die conservative Presse gibt ihrem Unmut über das Stillstehen der Regierung keinen Ausdruck. Ein der nächsten nahestehendes Blatt, der „Observer“, teilt dieser Unzufriedenheit allerdings entgegen, indem er darauf hinweist, daß die Ereignisse weit schneller marxierten, als deren Ursachen zu sehen seien. Da außerdem die Frage der Reorganisation Egyptens von großen inneren Schwierigkeiten beherrscht werde, so sei es nicht wahrscheinlich, daß die Regierung sich so bald in der Lage befinden werde, ihr hierauf bezügliches Programm bekannt zu geben. Auch der Secrétaire im Localregierungssamte, Hilbert, äußerte jüngst in einer zu Oldham gehaltenen Rede, es könne nicht erwartet werden, daß die Regierung ihre Absichten betreffs Egyptens so rasch bekannt geben könne, wie allgemein erwartet werde. In erster Reihe habe England die europäischen Mächte zu Rathe zu ziehen, in nächster die Türkei und in dritter Reihe den Herrscher Egyptens. England habe jetzt seine Rolle als ein Land, welches in der guten Regierung Egyptens viel auf dem Spiele stehen habe, gespielt; was zu thun übrig bleibe, sei, den Egyptern die Prinzipien der Selbstregierung und des Selbstschutzes einzutrichtern. — Die Agrarverträge in Irland haben sich zwar wesentlich verringert, kommen aber doch immer noch häufig genug vor, um die Sorge der Regierung wach zu halten. Eine am 17. b. abgehaltene Nationalconvention der irischen Patrioten hat folgendes Programm aufgestellt: 1) Nationale Selbstregierung, 2) Landesreform, 3) lokale Selbstverwaltung, 4) Erweiterung des parlamentarischen und Gemeindewahlrechts und 5) Entwicklung und Förderung der Arbeiter- und der industriellen Interessen Irlands.

Die Türkei ist bemüht, sich so gut als möglich mit den Thatsachen in Egypten abzufinden. Da sie die Engländer aus dem Mittelmeere nicht vertreiben kann, so sucht sie sich nun mit denselben auf möglichst guten Fuß zu stellen und daher ist die Note, welche die Shorte Lord Dufferin als Antwort auf dessen Note vom 8. d. W. betrifftend die Frage der Rückführung Egyptens hat gegeben lassen, in freundlichem Tone gehalten. In der Antwort der Shorte wird darauf hingewiesen, daß man in Konstantinopel stets bereit gewesen sei, mögliche bestreitbare Regelung der egyptischen Finanzgeschäfte mit England in verhandeln und gleichzeitig wird die bestreitbare Hoffnung auf die Friedensordnung im Lande ausgedrückt, welche die Ausgangsbedingungen des status quo nicht ändern werde. — Das